

# Hochheimer Stadtanzeiger

Ämtliches Organ der Stadt Hochheim a. M.



Bezugspreis: monatlich 225 & einschließlich  
Vergütung. Wegen Postbezug näheres  
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: Kassauischer Anzeiger, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: Viebrich a. Rh., Rathausstraße 16. Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die Spalten  
Colonelle oder deren Raum 50 &  
Reklameweile 200 &

Rotations-Druck und Verlag: Guido Seidel & Sohn, Kassauische Buchdruckerei, Viebrich a. Rh.

Illustration in Hochheim: Jean Lauer

Nr. 136

Dienstag, den 16. November 1920.

Postbezug  
Frankfurt (Main) Nr. 10114

14. Jahrgang

Des Buktages wegen erscheint die nächste  
Nummer bereits am Dienstag abend.

## Ämtlicher Teil.

Nr. 408.  
Nach Mitteilung des Kreisveterinäramtes  
Mainz ist in Finken die Maul- und Klauenseuche  
erneut festgestellt worden. Die Druckschiff Finken  
wird deshalb auf Grund des Reichsviehseuchengesetz  
und der zu seiner Ausführung erlassenen Be-  
stimmungen zum Sperrbezirk erklärt. Für sie gelten  
die Bestimmungen unserer Bekanntmachung vom  
22. Mai 1920 im Amtsverordnungsblatt Nr. 55.  
Mainz, den 10. November 1920.  
Hessisches Kreisamt.

## Nichtämlicher Teil.

### Tages-Rundschau.

**Hauptauschuss des Reichstages.**  
Berlin. Im Hauptauschuss des Reichstages  
wurden am Freitag die Beratungen über den Etat  
des Reichsministeriums fortgesetzt. Bei  
Beratung des Kapitels, das die Beibehaltung der  
bestehenden Kräfte behandelt, äußerte sich Ministerial-  
direktor v. Schlieben vom Reichsfinanzministerium:  
Im ganzen wird man die Ausgaben für Beamte und  
Angestellte des Reiches auf 18 Milliarden im Jahre  
1920 schätzen können. Dazu kommen noch die sach-  
lichen Vermögensverluste, welche auch noch auf  
mehrere Milliarden zu veranschlagen sind. 2 1/2  
Millionen Mark werden für Hilfsleistungen durch  
nichtbeamtete Kräfte für das Reichsministerium  
mindestens benötigt. Es wird darauf eine Resolu-  
tion mit Stimmenmehrheit angenommen, die Re-  
gierung zu ersuchen, die Biologische Reichsanstalt  
in nächster Zeit so auszugestalten, daß sie ihren  
Aufgabenkreis vollständig zu erfüllen in der Lage  
ist. Die Hauptpositionen für die Biologische Reichs-  
anstalt werden bewilligt. Der bereits mitgeteilte  
Antrag Dr. Herz (H. S.) und Schmidt (S.), der  
die Sicherung der Ernährung der Bevölkerung über-  
nehmen durch Gründung von Lieferungsver-  
bindungen und Verhängung fähiger Strafen zu er-  
reichen sucht, wird abgelehnt. Auch die übrigen Po-  
sitionen der Biologischen Reichsanstalt für Land-  
und Forstwirtschaft werden mit Ausnahme eines  
Postens von 6000 Mark bewilligt. Mit der Be-  
willigung des außerordentlichen Haushalts des  
Reichsministeriums ist schließlich der ge-  
samte Etat des Reichsministeriums an-  
genommen und erledigt. Am Samstag wird der  
Etat des Reichsministeriums besprochen werden.

**Der deutsche Bürgermeister in Eupen.** In der  
Sitzung der Stadtverordneten von Eupen teilte  
der Bürgermeister Dr. Graf Meier mit, daß  
er sich nicht entschließen könne, den belgischen Treu-  
eid zu leisten und daß deswegen der Gouverneur  
seine Entlassung zum 1. Dezember dieses Jahres  
angeordnet habe.

**Die deutschen Holzlieferungen.** Die Ende Ok-  
tober in Paris begonnenen Verhandlungen über  
die deutschen Holzlieferungen auf Grund des Friede-  
svertrages sind auf kurze Zeit unterbrochen  
worden, werden jedoch demnächst wieder auf-  
genommen werden. Geleitet werden sollen 181.570  
Kubmeter Rundholz, 1.268.000 Stück Eisenbahn-  
schwellen, 200.000 Telegraphenpfähle, 330 Kub-  
meter Schattholz, 2750 Kubmeter Hartholz.

**Die Befoldungsvorlagen.**

Auf dem zweiten Bundestag des Deutschen Be-  
amtenbundes war beschlossen worden, an die Re-  
gierung mit der Bitte um eine Erhöhung der Teue-  
rungszulage heranzutreten. Am Donnerstag fanden  
Verhandlungen des Direktors des Bundes mit dem  
Reichspräsidenten statt, der eine wohlwollende  
Prüfung der Forderung und eine Befolgung mit  
dem Reichsfinanzminister zusagte. Die verlangte  
Erhöhung der Teuerungszulage beträgt 50 Prozent  
des Gehalts. Falls die Regierung keine Zulage er-  
teilt, beschließt der Deutsche Beamtenschaft gemäß  
den Beschlüssen des Bundestags zum Streik auszu-  
rücken.

**Ein amerikanischer Tagesbefehl.**  
Robinson. Der kommandierende General  
Allen hat einen Tagesbefehl, in dem er davon  
erinnert, daß im Jahre 1918 am 11. November um  
10.40 Uhr vormittags der letzte Schuß im Weltkrieg  
fiel. Er habe damals bedeutet, daß der Waffenstil-  
land zu Ende geschlossen worden sei; allein da sich  
die am meisten beteiligten Staaten dafür ausge-  
sprochen hätten, sei es ihm darauf angekommen, daß  
der Friede ein wichtiger und dauerhafter sei. Daß  
die amerikanischen Streitkräfte zwei Jahre nach der  
Unterzeichnung des Waffenstillstandes noch am  
Rhein seien, sei nur der Ausdruck der ehrenhaften  
Wacht der Vereinigten Staaten, das Feld nicht zu  
räumen, bis der Friede genügt sei. Er fühle, daß  
die Truppen gern so bald wie möglich nach Hause  
gehen möchten, aber es kämen dabei so manche Um-  
stände in Betracht, daß eine solche Entscheidung die  
fortschrittliche Ueberlegung erfordere. Es sei nicht  
eine rein militärische Frage, sondern auch eine po-  
litische und moralische mit allerhöchster Bedeu-  
tung. Wenn einmal die Geschichte der amerikani-  
schen Streitkräfte am Rhein aufgeschrieben werde,  
kann erklärt werden, daß die amerikanische Ver-  
waltung auf Gerechtigkeit ohne Rücksicht begründet  
gewesen sei.

**Wie hoch soll die deutsche Entschädigungssumme sein?**  
Der „Petit Parisien“ schreibt: Die Hauptschwie-  
rigkeit in der Wiedergutmachungsfrage besteht gegen-  
wärtig in der Währungsfrage. Bisher wurde die  
deutsche Schuldsumme in Goldmark bemessen, da es  
in Deutschland aber gegenwärtig keine Gold-  
marken gibt, muß man die Gold-  
marken nur Papiermark geben, was die Summe zu  
finden, die Deutschland zu zahlen hat. Wenn also  
Frankreich 120 Milliarden Goldmark fordert,  
so wären das 120 Milliarden Papier-

mark und da Frankreich hierzu noch 52 Prozent  
erhalte, so würde die deutsche Gesamtentschädi-  
gungssumme 200 Milliarden betragen.

**General Smuts für den Völkerbund.**  
London. Die „Times“ erhielt anläßlich der  
Erinnerungsfeier an den Waffenstillstand u. a. von  
dem südafrikanischen Ministerpräsidenten, Gene-  
ral Smuts, eine Rundgebung, in der es  
heißt:

Am Waffenstillstandstage wird der Wunsch aus-  
gesprochen, den Völkerbund zur Wirklichkeit werden  
zu lassen. Wenn der Bund nicht ein zweckmäßiges  
Mittel für den Weltfrieden wird, dann wird der  
Waffenstillstand niemals ein Friedensband werden.  
Dann wird es in der Welt immer nur einen  
Waffenstillstand zwischen Kriegen  
geben. Dann wird die Menschheit fortwährend in  
Angst und Spannung sein vor drohenden Kata-  
strophen, die noch viel schlimmer werden würden als  
die, durch die wir gegangen sind. Wie ernst auch  
die Verantwortung der gegenwärtigen Staats-  
männer ist, noch ernster ist die Verantwortlichkeit  
der großen europäischen und amerikanischen Völker,  
die aus Gleichgültigkeit im kritischen Augenblick ein-  
geschlafen. An die Völker der Nationen des britischen  
Reiches richte ich die Frage: Was hat der Sieg für  
einen Zweck, wenn Europa in Verfall gerät und auf  
einen tieferen Stand der Kultur herabsinkt, weil es  
dem Völkerbund nicht gelingt, den Frieden zu  
bringen. Wir, Regierung wie Volk, müssen den  
Völkerbund mit unserer ganzen Kraft und unserem  
ganzen Einfluß unterstützen.

**Für einen nationalen Trauertag.**  
Berlin, 13. November. Das Zentrum, die  
Deutsche Volkspartei und die Deutsche demokratische  
Partei haben im Reichstage folgenden Antrag ein-  
gebracht: Der Reichstag wolle beschließen, die Re-  
gierung um schleunige Vorlegung eines Gesetzes-  
entwurfes zu ersuchen, durch den ein nationaler  
Trauertag für die Opfer des Krieges eingeführt  
wird.

**Abschluß des Vertrages von Santa-Margherita.**  
Rom, 12. November. Nach einer Erläute-  
rung begrüßen die Wälder die Nachricht von dem  
bevorstehenden Abschluß des Vertrages von Santa-  
Margherita. Obgleich der Vertrag Italien nicht  
alles gewährt, was ihm vor Eintritt in den Krieg  
ausgehört worden war, ermäßigt er es doch, dem  
italienischen Volk aus dem Zustand der Ungeheuer-  
heit herauszukommen und in eine Epoche des Friede-  
dens einzutreten, deren das Land bedürftig ist.  
„Corriere d'Italia“ bedauert den Verlust Pa-  
lmanns und sagt, der Vertrag sei ein glänzender  
Beweis des demokratischen Geistes Italiens, das nie  
imperialistisch gewesen sei und es auch nie sein  
werde. Das „Giornale d'Italia“ schreibt, der Ver-  
trag auf Palmann sei ein außerordentliches Opfer,  
das Italien dem Frieden von Europa brachte.

**Der deutsche Bürgermeister in Eupen.** In der  
Sitzung der Stadtverordneten von Eupen teilte  
der Bürgermeister Dr. Graf Meier mit, daß  
er sich nicht entschließen könne, den belgischen Treu-  
eid zu leisten und daß deswegen der Gouverneur  
seine Entlassung zum 1. Dezember dieses Jahres  
angeordnet habe.

**Die deutschen Holzlieferungen.** Die Ende Ok-  
tober in Paris begonnenen Verhandlungen über  
die deutschen Holzlieferungen auf Grund des Friede-  
svertrages sind auf kurze Zeit unterbrochen  
worden, werden jedoch demnächst wieder auf-  
genommen werden. Geleitet werden sollen 181.570  
Kubmeter Rundholz, 1.268.000 Stück Eisenbahn-  
schwellen, 200.000 Telegraphenpfähle, 330 Kub-  
meter Schattholz, 2750 Kubmeter Hartholz.

**Die Befoldungsvorlagen.**

Auf dem zweiten Bundestag des Deutschen Be-  
amtenbundes war beschlossen worden, an die Re-  
gierung mit der Bitte um eine Erhöhung der Teue-  
rungszulage heranzutreten. Am Donnerstag fanden  
Verhandlungen des Direktors des Bundes mit dem  
Reichspräsidenten statt, der eine wohlwollende  
Prüfung der Forderung und eine Befolgung mit  
dem Reichsfinanzminister zusagte. Die verlangte  
Erhöhung der Teuerungszulage beträgt 50 Prozent  
des Gehalts. Falls die Regierung keine Zulage er-  
teilt, beschließt der Deutsche Beamtenschaft gemäß  
den Beschlüssen des Bundestags zum Streik auszu-  
rücken.

**Berlin.** In einer vereinigten Sitzung des  
Hauptauschusses und der Ausschüsse für Beamten-  
befolgung und Beherbergung hielt der preussische  
Finanzminister einen längeren Vortrag über die Be-  
follungs- und Deckungsfrage. Er erklärte die trost-  
lose Lage der Beamtenreflexion an, betonte aber dem-  
gegenüber die katastrophale Lage der Staatsfinanzen.  
Der Landesversammlung wird in den nächsten  
Tagen das bereits angekündigte Steuergesetz zu-  
gehen, das neue Grundsteuern mit Wirkung  
vom 1. Januar 1921 an bringt. Der Finanzminister  
erhielt daraus noch für das laufende Rechnungsjahr  
eine Einnahme von einer halben Milliarde, der  
aber ein ungeheurer Fehlbetrag von zwei Milliar-  
den gegenübersteht. Die neuen Forderungen des  
Beamtenschafts würden den Staat mit rund einer  
Milliarde belasten, das sei nicht mehr zu tragen.  
Er könne einen Rechtsanspruch der Pensionäre  
auf Gleichstellung mit den Rezipienten nicht an-  
erkennen, verschlechte sich aber der trostlosen Lage  
auch dieser Schichten nicht und sei bereit, ihnen auf  
einer mittleren Linie entgegenzukommen.

my Coblenz. Im Verlaufe seiner Reise in das  
Rheinland hat Präsident Millerand auf  
Vorschlag des französischen Oberkommissars Tirard  
und des Oberkommandierenden der französischen  
Rheinarmee eine Anzahl von Begnadigun-  
gen von Rheinländern verfügt, die von  
den französischen Militärjustiz im Laufe der Oku-  
pation verurteilt worden waren. 40 Begnadi-  
gungen sind von Millerand selbst unterzeichnet  
worden, während in 180 Fällen Aufschub der  
Strafe oder andere Vergünstigungen schon durch  
den französischen Kriegsminister und den Ober-  
kommandierenden der Armee verfügt worden  
waren. Andere für die Begnadigung in Frage  
kommende Straffälle werden noch geprüft. Der  
französische Oberkommandierende hat die Erwar-  
tung ausgesprochen, daß diese Akte des Wohl-  
wollens bei der rheinischen Bevölkerung verständ-  
nisvolle Aufnahme finden und dazu beitragen  
werden, korrekte Beziehungen zwischen der Be-  
völkerung und den Besatzungstruppen aufrecht zu  
erhalten.

**Dr. Heim über die Monarchie.**

München. Dr. Heim knüpft im „Bayrischen  
Kurier“ an den von Jean Herbein am 3. November  
im „Temps“ veröffentlichten Artikel über die  
„deutsche Krise“ an, um in mehreren Punkten gegen  
die Ausführungen des französischen Beobachters zu  
polemisieren, dessen Ausführungen wesentlich von  
Berlin beeinflusst seien. Heim wendet sich u. a.  
gegen die Rolle, die Ludendorff in Verbindung mit  
Fischer und der Orgel ausgeschrieben wurde. Dr.  
Heim weist bestimmt, daß Ludendorff das Gattecht,  
das er in Bayern genießt, in keiner Weise miß-  
braucht, und möchte ihm das auch nicht raten, denn  
die Mehrheit seiner bayrischen Volksgenossen wäre  
nun einmal für einen Militarismus rebus in  
Stande der Wiederherstellung der Vornachstellung  
Preussens nicht zu haben. In Bayern glaube heute  
und morgen niemand an eine Monarchie. Er per-  
sönlich sei und bleibe Anhänger einer demokratischen  
Monarchie, aber weil er Monarchist sei, sei er gegen  
die Monarchie. Man könnte einem Monarchen  
keinen größeren Schaden antun, als wenn man ihn  
zur Zeit und im Laufe der nächsten Jahre, solange  
Deutschland die Folgen der Revolution zu über-  
winden habe, verurteilt auf gewalttätige Weise zu-  
rückholte. Die Herrschaft würde nicht lange  
dauern. Deutschland sei noch nicht am besten  
Punkt angelangt. Niemand, auch kein König und  
keiner könne den Völkern mehr aufhalten. Besser  
würde es sein, wenn das Volk zur Befreiung  
komme und erkenne, daß die Leute, die ihm ein  
Leben voll Schönheit und Würde versprochen, nicht  
in der Lage seien, ihm auch nur eine Hinterfüße zu  
reichen. Und wenn das Volk einmal so weit in der  
Erkenntnis sei, dann komme die Monarchie von  
selbst. Sie müsse im Sinne der Demokratie aus dem  
Willen des Volkes heraus wieder entstehen. Heim  
erklärt alles, was ihm im Zusammenhang mit mo-  
narchistischen Bestrebungen angedacht werde, für  
haargeldsüßes Blödsinn und betont ausdrücklich,  
daß er schon im Interesse des Prinzen Rupprecht  
seiner Verbindung mit diesem abgelehnt habe und sie  
auch für die nächsten Jahre  
vermeiden werde.

**Deutsche Finanzmänner über die Festschließung  
der Entschädigungssumme.**

Berlin, 13. November. Zu der Behauptung  
des Berliner Vertreters der „Times“, die  
deutschen und verantwortlichen Kreise der deutschen  
Finanzwelt seien nicht länger dafür, daß der Betrag  
der deutschen Entschädigung deutlich fixiert werde,  
weil die deutsche und die alliierte Zahl wahrschein-  
lich noch so weit auseinandergehen, daß kein Ueber-  
einkommen zustande käme, äußerte sich in der  
„B. Z.“ der Geschäftsführer der Disconto-Gesellschaft,  
Ulrich, der an der Berliner Finanzkonferenz im  
September teilgenommen hat. Herr Ulrich erklärte  
folgendes: Mit mir hat der „Times“-Vertreter  
nicht gesprochen. Ich für meine Person kann nur  
erklären: Brüssel und Genf haben nur dann einen  
Zweck, wenn für uns gewisse Prämissen für die  
Schaffung der Zahlungsfähigkeit gewährt werden,  
wie z. B. die Sicherung der öffentlichen Finanzen, die Ge-  
währung der Befolgungsmittel, die Gewährung  
von Schiffen zum Transport von Roh-  
stoffen und Exportwaren, die Anrechnung unserer  
Lieferungen zum Weltmarktpreis usw. Es wird  
unbedingt notwendig sein, daß namentlich die  
französische Regierung ihrem Volke schon heute  
klar macht, daß die von uns zu leistenden Summen  
unter keinen Umständen so hoch sein können, wie die  
Franzosen vielleicht glauben.

Auch von einer führenden Persönlichkeit der  
Deutschen Bank wird der „B. Z.“ erklärt, man  
wisse nicht, welcher wirklich seiner Verantwortung  
bewußte deutsche Finanzpolitiker Versicherungen  
des vom „Times“-Korrespondenten behaupteten  
Anhaltes geben kann. Sie entsprechen in  
keiner Weise den Anschauungen und Meinungen  
der deutschen Finanzwelt. Im Gegenteil, überall  
bersteht die Ansicht, daß die Schuldsumme un-  
bedingt endgültig fixiert werden müsse.

Auch von den maßgebenden amtlichen Finanz-  
stellen wird erklärt, daß sie den Behauptungen des  
„Times“-Korrespondenten fernstehen und im Ge-  
genteil, soweit es ihnen möglich ist, mit aller  
Energie auf die Festschließung einer bestimmten  
Schuldsumme hinarbeiten.

**Gegen die Viehforderungen.**

Der Reichsausschuss der deutschen Landwirt-  
schaft befaßte sich in seiner Sitzung vom 11. No-  
vember mit der Frage der weiteren Vieflieferung von  
Mischfähen und beschloß eine Rundgebung, die u. a.

lautet: In Paris finden zurzeit Verhandlungen statt  
über die Erfordernisse der feindlichen Staaten,  
die sich angeblich auf mehr als 800.000 Mischfähen  
erstrecken sollen. Der Reichsausschuss der deutschen  
Landwirtschaft erklärt mit größtem Nachdruck, daß  
die Abgabe weiterer Mischfähen der deutschen Land-  
wirtschaft völlig unmöglich ist. Nachdem schon die  
Bereitstellung der bisher abgelieferten Rinde und  
das verheerende Ausbreiten der Maul- und Klau-  
enseuche, deren Ende noch nicht abzusehen ist, den  
Viehbestand schwer getroffen hat, bedeutet das Ver-  
langen neuer Erfordernisse die planmäßige  
Unterdrückung der Lebenskraft und Produktions-  
fähigkeit der deutschen Landwirtschaft. Nur durch  
ihren starken Viehbestand war die Landwirtschaft in  
Friedenszeiten in der Lage, das deutsche Volk zu  
ernähren. Der Krieg, der bereits erfolgte Vieflie-  
ferung und die Seuche haben dem Viehbestand so  
große Wunden geschlagen, daß er eine weitere  
Schwächung nicht ertragen kann, ohne daß sich die  
schwersten Folgen für die Milchversorgung des  
Volkes, vor allem der Säuglinge, Kinder und Kran-  
ken für die Aufrechterhaltung der landwirtschaft-  
lichen Betriebe und für das gesamte Wirtschafts-  
leben ergeben müssen.

**Die deutsche Viehflieferung.** Der „Matin“  
meldet, daß die Wiedergutmachungskommission die  
deutsche Regierung aufgefordert habe, Sachver-  
stände nach Paris zu entsenden, damit spätestens  
am 20. November die Frage der Viehflieferung  
seitens Deutschlands, welche der Paragraph 4 des  
Zusatzprotokolls 8 vorsieht, geregelt werde.

**Frankreich.**

Paris. Der Wiedervertrag der Umfassung be-  
weist, daß auch in Frankreich die Verhältnisse so lie-  
gen, daß nur das Allernotwendigste gelöst wird  
und die Kraft in den letzten Monaten stark zu-  
rückgegangen ist.

Paris. Marshall Foch richtet einen Appell an  
die französische Bevölkerung, in welchem er sagt,  
daß abgeben von den Menschenopfern Frankreich  
im Kriege auch große Geldopfer gebracht habe, um  
Kriegsmaterial zu beschaffen und dem Heere den  
Sieg zu sichern. Heute handele es sich darum, den  
Frieden zu sichern und den Sieg auszunutzen.  
Nicht eines jeden sei daher, der neuen Anleihe alles  
Verfügbare zuzuführen.

Paris. Der „Petit Parisien“ prüft aus Anlaß  
des Zusammentritts der Völkerbundversammlung  
die Frage der Zulassung Deutschlands  
zum Völkerbund und kommt zu dem Schluß,  
daß, wenn Deutschland den von den Alliierten auf-  
gestellten Plan der Beibehaltung der deutschen Schu-  
danahme und in jeder Beziehung seinen guten Willen  
zeige, seinen Verpflichtungen nachzukommen,  
Frankreich selbst das größte Interesse daran habe,  
daß der ehemalige Feind Mitglied des Völkerbundes  
werde.

**Die Uebertragung des Oberbefehls an Foch.**

Paris, 13. November. (Sapas.) Der  
„Matin“ veröffentlicht einen Auszug aus einem  
Buch von Stefan Lauzanne mit einer Darstellung  
der Einzelheiten der geschichtlich gewordenen Zu-  
sammenkunft auf der Bürgermeisterei in Douzens,  
die zur Uebertragung des Oberbefehls  
an den General Foch führte. Nach verschiede-  
nen Besprechungen, die einzeln zwischen dem  
Präsidenten der Republik und Clemenceau, anderer-  
seits zwischen letzterem und General Betain stattge-  
funden hatten, wurde in einem Ministerrat mit-  
geteilt, daß in Douzens eine englisch-französische Zu-  
sammenkunft stattfinden würde. Clemenceau er-  
suchte Foch, ihn dorthin zu begleiten. Die bei-  
den, sowie Louchere, trafen in Douzens mit Foch  
zusammen und warteten dort das Ende einer Be-  
sprechung ab, die Marshall Foch gerade mit einem  
Armeeoffizier hatte. Inzwischen gab Foch seine  
Ansicht aus, man müsse unbedingt den Feind  
da aufhalten, wo er gerade sei. Im Laufe der In-  
denn stattfindenden französisch-englischen Be-  
sprechungen legte Foch die derzeitige Lage dar  
und erklärte mit Entschiedenheit, es könne sich nur  
darum handeln, den Feind da aufzuhalten, wo er  
gerade stehe, nicht anderswo. Foch erklärte, er sei  
bereit, sein Möglichstes zu tun, um Antiens zu  
retten. Diese Bemerkung brachte Foch ganz außer  
sich. Er rief, man müsse vor Antiens liegen, da, wo  
die Alliierten jetzt stünden. Er sagte neuerdings die  
Lage auseinander, wie er es schon vorher gegenüber  
Clemenceau und Louchere getan hatte.  
Man brauche, um das erwünschte Ergebnis zu er-  
reichen, nur die entsprechenden Befehle zu geben.  
In diesem Augenblick stand Lord Milner auf und  
machte Clemenceau ein leichtes Zeichen. Es folgte  
eine kurze halbwegs geführte Unterredung zwischen  
Beiden. Man hörte Lord Milner wiederholt sagen:  
Das ist der Mann, den wir brauchen. Foch trat zu  
den Beiden und schloß als einziger Heilmittel vor,  
über ihn und Betain einen einzigen Oberbefehl-  
haber zu stellen. Er werde sich gern nach unter-  
stellen und habe dies bereits vor 48 Stunden seiner  
Regierung telegraphisch. Clemenceau kam an den  
Tisch zurück und schloß Betain vor, dem Beispiel des  
Marshall Foch zu folgen und sich nach zu unter-  
stellen. Darauf hin sagte Louchere die Erklärung  
auf, die später veröffentlicht wurde. Clemenceau  
bat ihn, eine zweite Abschrift zu machen, die dann  
mit Bleistift unterzeichnet wurde.

**Kleine Mitteilungen.**

Die Wahl des Reichspräsidenten soll mit den  
preussischen Landtagswahlen verbunden werden,  
also am 13. Februar 1921 stattfinden.



würde,  
die sich W.  
Chor ann  
fall aus.  
Also:  
schmoren



Die Nacht war gekommen und hatte selbst die Mauerhäuser Gegenstände in irgend einem Winkel zum Grinsen gebracht, als uns die Wölfe antrieb, auch in anderen Herbergen nach Nachbarn zu fragen. Autos und Schlösser trafen wir da. — Wäre es nicht, sich wegen Preisforderungen für Schoppenweine in die Öffentlichkeit zu stellen, so würden wir mitten bei einem aus der Wölfe der Herbergsleiter der schärfste Vorwurf sein, wenn er ihn modifizieren könnte, von jetzt ab nicht mehr verlangen. Das Objekt war ein Schoppen Federweiser und was er dafür verlangte, übertrumpfte alles bisher bezogene. Hal Wir brachten zwar ein Auge zu; Männer haben immer ein Auge zum Ausdrücken, wenn ihnen so teure Gefährten der Natur von der „Häse hospitalis“ unter Lächeln freigesprochen werden. — Ein gutes Räucherholz im Freisitz sollte das entscheidende Gleichgewicht schnell wieder in uns her. Allerdings kam es später wieder etwas in Unordnung. — Diesmal aber nicht infolge eines Preises.

Blabber. H. Himer.

**Bermittlertes.**

Der Bischof von Trier hat die Suspension aufgehoben, die vor zwei Jahren über den Pfarrer Greber verhängt worden war. Greber hatte bei einer Erbschaft in Koblenz-St. Goar zur allgemeinen Verärgerung den offiziellen Zentrumslandboten verdrängt und dem Bischof von Trier, auf das Mandat zu verzichten, nicht gehorcht. Die „Frankfurter Zeitung“ führt die fassungslose Kraft, die dieser Mann auf die Herzen seiner bewundernden Anhänger ausübte, darauf zurück, daß in ihm ein starker Wille zu tätiger Arbeit an den Menschen lebte. Als der Krieg ausgebrochen war, entschloß er sich schon im Jahre 1914, schlagendstehende Stadtkinder auf Land zu verpflanzen. Zuerst wurden die Bauern aus dem Hundstall befreit, solche Kinder aufzunehmen. Später fuhr er nach Holland und machte dort, von Dorf zu Dorf reisend, Quartier für deutsche Kinder. Mehr als 10.000 Kinder brachte er so unter, er ganz allein, ohne Organisation, ohne einen Verein mit hohen Verwaltungsausgaben, sondern mit ganz geringfügigen Mitteln und völlig unberührt vom Vorurteil des modernen Wohlfühlbetriebs.

Die Schulfabriken in Pommern haben die Schulpflicht durchdringlich um 20 Prozent erhöht, da die Preise für Oberleder, Unterleder, Futter und sonstiges Zubehör in letzter Zeit fortgesetzt gestiegen sind. Die Fabriken sind zur Zeit noch gut beschickt und nehmen nur Aufträge mit drei bis viermonatlicher Verzögerung an. Da die Rohmaterialpreise inzwischen wieder gestiegen sind, dürfte mit einer weiteren Preiserhöhung nicht zu rechnen sein.

Im Heidelberg, 12. November. Ein Filmbrand drohte am Schluß eines Vortrages des Kapitäns Ludwig von Meide eine Panik hervorzurufen, die leicht verhängnisvolle Folgen hätte haben können. Bei der Vorführung eines Films, der die Ankunft der „Hohenzollern“ in Konstantinopel zeigte, schloß plötzlich eine meterlange gelbe Zettelkassette aus dem Apparat. Alles sprang von den Plätzen und drängte nach den Ausgängen. Durch Abreißsen des lachend brennenden Streifens wurde die kritische Lage jedoch schnell überwunden.

Stellenförmige der Fortbildungsschüler in Düsseldorf. In Düsseldorf, Solingen und Remscheid stellte die Vereinigung der Fortbildungsschüler folgende Forderungen an die Stadtverwaltung: Anerkennung der Schülerrente, Vertiefung der Rente im Schulbesitz, Aufstellung des Lehrplans durch die Schülerrente, Abschaffung des Nachschreibens und Amtsenthebung der Lehrer, die sich den Befehlen der Schülerrente nicht fügen.

Bestechungsversuch gegenüber einem Beamten des Wohnungsamtes. Unter der Aufsicht eines Beamten des Wohnungsamtes, der die Aufsicht über die Kaufmann Wilhelm B. von Koblenz, der die Aufsicht über die Wohnung zu übernehmen, war mit dem Wohnungsamt wegen einer Wohnung in Unterhandlung getreten. Eines Tages wurde nun in der Wohnung des Vorstehers des Wohnungsamtes ein Koffer mit einem Schreiben eines Jagarrengschützes abgegeben, in dem der Empfänger gebeten wurde, die Jagarreng ohne jede Verpflichtung zu probieren. Von dem Beamten wurde über die Übernahme der Probe abgelehnt und Anweisung gegeben, daß die Jagarreng wieder zurückgegeben werden sollten. Nach einigen Tagen wurde dann die zweite Sendung Jagarreng mit einer Danksagung bezüglich der ersten Sendung abgegeben. Erst hierdurch erfuhr der Beamte, wor der freundliche Spender war. Er stellte den B. wegen seines Vorgehens zur Rede und vernahmte, daß Streifenpapier gefaltet wurde. In der Verhandlung behauptete der Angeklagte, daß er eine Bestechung nicht beobachtet hätte. Das Gericht erkannte jedoch, daß ein recht großer Vertrauensbruch vorliege, und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 1000 Mk.

Eine neue Sanftmützigkeitskammer. Der Fortbildungsschüler der Hauptschule zur Bekämpfung von Mischungen bei der Volkshochschule in München ist es gelungen, eine aus 14 Personen bestehende Sanftmützigkeitskammer zu veranlassen, die in München in der Augustenstraße in einer Schreiberei ihren Sitz haben und sich mit der Herstellung von falschen grünen Reichsbanknoten aus 50 Mark mit dem Braunkopier, August vom 24. Juni 1919, befaßt. Sie hatte seit September für eine halbe Million Mark Scheine ausgestellt und sie in München, im bayerischen Oberland, in Baden, Hessen, Frankfurt und in den Städten am Rhein veräußert. Von den herausgegebenen Banknoten wurden für 300.000 Mark dem Verkehr entzogen. Ein Teil des Restes wurde wegen Fälschungs verdächtig für etwa 200.000 Mark noch in München und Bayern im Umlauf.

Mitglied streikender Chorleiter. Halle a. d. S. 13. November. Vor der gestrigen Aufführung der Operette „Der fidele Bauer“ verlangten plötzlich die vierzig Chorleiter, mit denen gegenwärtig von dem Schützengemeinschaftschor über Gegenüberstellung verhandelt wird, die sofortige Auszahlung eines Vorzuschusses von 1000 Mark auf die zu erwartende Gegenüberstellung. Da der Vorstand die Forderung nicht ausbezahlen imstande war, traten die Chorleiter aus dem Streik. Das Publikum wurde befragt, ob es die Operette ohne Chor hören wolle, oder sein Eintrittsgeld zurückverlange. Fast ausnahmslos wurde die Aufführung ohne Chor gewünscht. Das Publikum zeichnete die Darsteller, die sich Mühe geben, die Vorstellung auch ohne Chor annehmbar zu machen, durch lebhaften Beifall aus.

Kino und jugendliche Verbrecher. Das Geschworenengericht des französischen Norddeparte-

ments, das jetzt in Douai tagt, hat es für notwendig erachtet, die Kriminellen der öffentlichen Behörden auf die unheilvolle Wirkung zu lenken, die durch die Beschäftigung auf das junge Geschlecht ausgeübt wird. In einer Erklärung zu Händen des Präsidiums heißt es: Nach den Geständnissen der jugendlichen Verbrecher, die wir zu verurteilen berufen waren, erkennen diese an, in den Diebstahl- und Wuchsbestrebungen der Kriminellen die Eingebungen zu ihren Mitgeleiteten geschloß zu haben. Die Geschworenen verlangen deshalb, daß die öffentlichen Behörden eine strenge und wirksame Zensur über die dargestellten Filme ausüben, und fügen bei, daß sie überzeugt seien, diese Kontrolle in Verbindung mit einer strengeren Anwendung der Gesetze und Verordnungen gegen den Alkoholismus werde der allgemein beklagten Frühreife des Verbrechens Einhalt tun.

Koblenz. Von der Rheinisch-Westfälischen. Die zu Ende vergangene Berichtswache war für den Schoppenverkehr auf dem Rhein wohl eine der ungünstigsten und verhängnisvollsten seit dem Hochwasser zu Anfang dieses Jahres. Mit Ausnahme des Freitag herrschte ein so dichter Nebel auf dem Fluß, daß nur Mittag an einen Verkehr nicht gedacht werden konnte; dieser dauerte auch nur einige Stunden, und dann legte sich wieder ein dichter Schleier auf den Rhein, der ein Verordnungskommen unmöglich machte. Zu diesen Beschwerden kommt auch noch, daß der Nebel den Wasserstand immer noch mehr verringert. Was die Anzahl der Anhängelschiffe betrifft, die in der Berichtswache zu Berg und zu Tal an unserer Stadt vorbeikamen, muß man berücksichtigen, daß die Kähne bei dem anhaltend fallenden Wasser immer weniger laden können. Die Bergschiffe hatten nur Kohlen, Koks und Weizen, die Talgeschiffe Grubenabfälle, geschnittenes Holz, Zement usw. geladen. Der Verkehr der Güter- und Schiffschiffe konnte den Stand der Vorräte und ganz behaupten. Die Bergdampfer waren in der Mehrzahl. Mit der Hochwasserfahrt konnte man noch zufrieden sein; im Hinblick von Schrauben- und Schiffschiffen kamen drei Räder von mittlerem Umfang an der Rheinmündung vorbei. Die Holzschiffe blieben sämtlich im Inlande.

Köln. Ein entsetzliches Explosionsunglück ereignete sich am Samstag am dem hinter dem Westfriedhof, in der Nähe der Wiltbergstraße belegenen Bormert, das entsprechend dem Friedensvertrag gleich den übrigen Festungsanlagen abgetragen werden muß, und wobei man in umfänglichem Maße der Sprengung sich bedient. Ein Sprengschuß entzündete sich vorzeitig und tötete sechs Arbeiter, von denen einige vollständig in Stücke gerissen wurden. Mehrere andere wurden teils schwer, teils geringfügig verletzt.

Berlin. In dem Endergebnis, dem durch eine Verfügung des Landgerichts der Küchen- und Wirtschaftsbetrieb unterstellt worden ist, wohnen auch 40 ausländische Offiziere. Der dienstfähige dieser Offiziere, ein englischer General, hat sich wegen der Unterordnung des Wirtschaftsbetriebs beklagt, während an die maßgebenden Stellen gemeldet und verlangt, daß ihm die Möglichkeit der Verpflegung in dem Hotel gegeben werde. Es sind Verhandlungen im Gange, um diese Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen.

Marietta Weisheit. Früher erhielt die Königin von Bayern nach der Geburt eines Kindes 2000 Dukaten aus der Staatskassa. — Der in der Bibel genannte Pharaon Ramses II. hinterließ 117 Söhne und 49 Töchter. — Die frühere deutsche, englische, schwedische und isländische Rationalhymne haben die gleiche Melodie. — Die Anhänger des Namens hätten keinen Goldschmuck tragen; Schmuckstücke aus Silber sind ihnen erlaubt. — Die Weinstube in Valletta liefern den kassischen Ertrag wie die deutschen Weinstube. — Bis 1890 gab es in Wien einen Hofjäger. — Als besondere Delikatesse im alten Rom galten die mit Wein gemischten Karren der Hirschkäse. — Hans Sachs, der Schuhmacher und Dichter, ist ein großer Kosenfreund gewesen. Er wurde auch von einem seiner Zeitgenossen „mit einer Kage auf dem Scheißpfeil“ gemeldet.

**Buntes Allerlei.**

In Worms hat sich dieser Tage ein Arbeiter erschossen, als er eine Gefängnisstrafe von zwei Jahren antreten sollte.

Saarebrücken. Auf dem hiesigen Güterbahnhof ist am Samstag der ganze, etwa 300 Meter lange, von der französischen Militärbehörde erbaute Vorratsschuppen niedergebrannt. Große Mengen Lebensmittel wurden ein Raub der Flammen. Der Schaden beläuft sich auf etwa 3 Mill. Mark. Ueber die Entstehungsurache des Brandes ist noch nichts bekannt.

Flüchtlingskämpfe. Auf der hiesigen Station wurde in einem Personenzug ein Silberdieb festgenommen. Er trug einen halben Zentner Silber bei sich, das beschlagnahmt wurde.

Speyer. Donnerstagabend wurde der verheiratete Fabrikarbeiter Joseph Kump, der seit längerer Zeit mit der Witwe Anna Triebacher ein Liebesverhältnis unterhielt, von dieser bei einem Besuch bei ihr erschossen. Darauf versuchte sie sich selbst zu erschlagen. Sie wurde lebenslos in das Städtchenhaus überführt.

M. Bernsfeld. Ein schwerer Brand brach Donnerstagmorgen gegen 6 Uhr in der Rollenfabrik aus, dem außer acht Bohnenbüßern eine ganze Anzahl von Himmelsbüßern zum Opfer fielen.

Endwischen. Die hiesige Großenhand muß wegen Kohlenmangels des Elektrizitätsnetzes von morgen ab dem Betrieb einstellen. Der Verkehr ist nur auf der Linie zwischen der Rheinbrücke und dem Hauptbahnhof möglich, da diese von Romheim aus mit Strom beheizt werden kann.

Lübeck. Was dem hiesigen Hauptpostamt wurden für 300.000 Mark Steuerbanderolen gestohlen. Von den Dieben hat man keine Spur.

Reichert Portier. Die Zahl der im Streik befindlichen Portiers beträgt bereits 20.000. Der hiesige Hofschloß für einen Portier soll monatlich 350 Mark, für einen Hausverwalter durchschnittlich 70 Mark betragen haben. Beide verlangen jetzt eine Erhöhung von 100 Prozent. Durch den Streik werden vor allem die Häuser in Wittenberg betroffen, die Zentralheizung und Warmwasserheizung besitzen.

Kamp mit einem Einbrecher. Donnerstagabend erfolgte ein Regenermeister im Hause Nr. 180 einen Einbrecher, der auf den Geschäftsinhaber eine Wertsache anlegte. Der Regenermeister setzte sich zur Wehr und gab auf den Einbrecher zwei Schüsse ab, von denen einer tödlich war.

Blöße amerikanische Lebenshaltung. Wie Reuters aus New York meldet, werden die Preise für zahlreiche Artikel herabgesetzt. Die Bekleidungs- und Schuhwarenpreise um 25 Prozent.

Bonn. Im hiesigen botanischen Garten kann das Palmenhaus nicht weiter in Betrieb gehalten werden, weil es an Heizstoffen fehlt. Die großen wertvollen Palmen können auch nicht anderswärts, etwa im Frankfurter Palmengarten, weiter gepflegt werden, da die Beförderungskosten zu hoch sind, sie müssen daher zugrunde gehen.

Der Berliner Portierstreik. Eine große Anzahl Hausbesitzer haben sich bereit erklärt, die Forderungen der streikenden Portiers zu bewilligen. Zum Teil haben sich die Mieter in den betreffenden Häusern damit einverstanden erklärt, einen Teil der Kosten zu übernehmen.

München. Mit einem Tanzperbot, das ausgenommen den Silvesterabend, alle Tanzunterhaltungen vom ersten Adventsonntag bis zum Dreikönigstag verbietet, lehrt die Regierung zu den früheren Gespinnheiten zurück.

Plauen (Vogtland). Die Hilfspolizei verhaftete den Ausländer Mich. Michel, dem fünf, teilweise bis 1919 zurückliegende, bisher trotz aller Nachforschungen unaufgeklärte Morde im Vogtland, in Leipzig und in Greiz zur Last gelegt werden. Die Bluttaten wurden an Kindern und jungen Mädchen verübt.

Auf einer Hochzeit lebendig verbrannt. Bei einer Hochzeitsfeier in Neesdorf bei Magdeburg fing plötzlich das Kleid der 25jährigen Frau Lölle Feuer. Die junge Frau erlitt so schwere Brandwunden, daß sie nach einigen Stunden ihren Verletzungen erlag. Die Untersuchung ergab, daß das Kleid aus Kartonschleier hergestellt war, die sie von einem gewissenlosen Händler gekauft hatte.

Brüssel. Das Ausstellungskomitee beschloß, eine internationale Ausstellung im Jahre 1920 anzulegen.

**Neueste Nachrichten.**

**Reichsfinanzminister Raumer über die wirtschaftlichen Zeitfragen.**

Magdeburg, 14. November. Reichsfinanzminister Raumer sprach heute auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei in einer Mitgliederversammlung im Börsenhaus über die wirtschaftlichen Zeitfragen. Der Redner führte aus, wir lebten gegenwärtig in einer dreifachen Revolution, in einer politischen, ökonomischen und sozialen. Die ökonomische Revolution sei hervorgerufen worden durch die völlige Zerrüttung unserer wirtschaftlichen Grundlagen. Durch diese ökonomische Revolution haben alle zu leiden. Das Problem der Ernährung des Volkes sei vielleicht das größte wirtschaftliche Problem. Die wichtigste Aufgabe der Regierungen bestünde in der Hebung der Kaufkraft des Geldes. Die soziale Revolution sei zum Teil eine Folge der ökonomischen. Dieser Revolution dürfe man nicht ablehnend gegenüberstehen, man müsse dahin gelangen, den Arbeitnehmern in der Wirtschaft eine vollkommenere Stellung einzuräumen. Die Gleichberechtigung von Arbeit und Kapital müsse unbedingt durchgeführt werden. Die nachschaffende Aufgabe sei, die landwirtschaftliche Produktion zu fördern. Durch die Neuorganisation der Landwirtschaft sei die Landwirtschaft in eine unerträgliche Lage gekommen. In der Industrie hänge die Entwicklung ausschließlich von der Kohle ab. Eine der wichtigsten Aufgaben sei, die Kohlenproduktion zu steigern, um Anderen zu produzieren. Innerhalb seien heute schon die Ansichten in der Kohlenförderung günstiger. In diesem Zusammenhang kam der Minister auf die Sozialisierung des Bergbaues zu sprechen und betonte, daß die Regierung auf dem Standpunkte stehe, daß nur das sozialisiert werden dürfe, wo die Sozialisierungswirtschaft fördernd wirke. Der Bedarf der großen Massen müsse gedeckt werden durch eine bessere Organisation der Elektrizitätsversorgung. Es solle sich nicht um fiskalische Betriebe handeln, sondern große Werke, die Elektrizität erzeugten, sollten sich innerhalb eines bestimmten Wirtschaftskreises betrieblich einigen und koordinieren. In diesen Betriebs-Gesellschaften müsse der Kohlenverbraucher in erheblichem Maße eine Mitwirkung haben. Die Gesellschaften müßten auch das Recht haben, Kosten zu emittieren. Anstelle des Königsreiches stünden, wie man jetzt sagt, würde dann der Verbraucher Herr im Kaiserreich sein. Die Sozialisierung in dem gesamten Kohlenbergbau könne nicht gelöst werden im Sinne einer bestimmten Beschäftigungslösung, sondern bestimmt müsse sein das Interesse der gesamten Volkswirtschaft. Die gesamte Wirtschaft sei bisher horizontal organisiert gewesen, in Zukunft werde sie vertikal organisiert werden. Dieses Problem werde die Öffentlichkeit noch viel beschäftigen. Jetzt gelte es, das Volk aus seiner Abhängigkeit aufzuräumen. Gelinge das nicht, so müßten wir verenden, wie sich das auch in Österreich gezeigt habe.

**Sehe Nachrichten.**

**Der Völkerrund.**

Am 14. November. Die französische Delegation des Völkerrundes, die heute vormittag hier eintraf, besteht aus Bourgeois, Briand, Hanotiau und Hissperlon. Die französische Delegation wird — wie man in Genf glaubt — dort eine entscheidende Rolle spielen. 21 Räder werden betreten sein.

Eine hervorragende Persönlichkeit des Völkerrundes gab dem Mitarbeiter der Agentur Havas folgende Erklärungen über die internationale öffentliche Meinung bezüglich des Völkerrundes: Die Mitglieder des Völkerrundes — sagte er — erregen keine Kritik gegen den Völkerrund. Die Kundgebung am 15. November wird der Welt die wirkliche Lage des Völkerrundes beweisen. Was den möglichen Einfluß der amerikanischen Wahlen auf den Völkerrund angeht, so fürchten wir nicht die Wahl Harding. Im Gegenteil, sie ist ein sicheres Signal für den Eintritt Amerikas in die Liga. Denn niemals hätte die demokratische Partei, selbst wenn sie gewählt worden wäre, das nötige Ansehen besessen, das amerikanische Volk zum Eintritt in den Völkerrund zu bewegen. Die Republikaner werden es können. Hoffen wir bestimmt, daß die Republikaner in den Völkerrund eintreten. Wahrscheinlich werden an dem Völkerrund keine Veränderungen vorgenommen werden. Die Haltung Amerikas wird zum großen Teil entscheidend sein. Die Vereinigten Staaten alle auf unseren Appell. Südamerika antworteten alle auf unseren Appell. Beide Amerika haben augenblicklich ihr Auge auf uns gerichtet. Unsere Haltung wird auf sie einen gewaltigen Einfluß haben. Bezüglich der Zulassung Deutschlands in den Völkerrund hatte die französische Presse Unrecht, sich aufzuregen; denn

die Frage ist heute noch nicht gestellt, da Deutschland nicht um seine Zulassung nachgesucht hat. Deutschland kann übrigens zu jeder Zeit seine Anwesenheit vor den Völkerrund bringen gemäß Art. 16 des Vertrages, wie es Litauen tat. Der Eintritt Deutschlands würde ihm neue internationale Verpflichtungen auferlegen, ohne ihm irgend ein Mittel der Herrschaft im Völkerrund zu geben.

**Der Kungebauer.**

Roman von A. Seuffert-Klinger. (2. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Als ich die Karte hinter mich schloß, stand Dein Vater vor mir, er hatte hier auf mich gewartet. Ich konnte mir wohl denken, Brigitte, daß Du diesen Weg gehen würdest, schon aus Angst vor den vielen neugierigen Blicken, die Dich treffen und verwunden mühten wie spitz Räder. Wenn Du durchs Dorf gegangen wärest, komm nur erst mal aus dem Bereich dieses Gebirgshäufers fort, denn hier ist nicht gut sein.

Er führte mich — ich weinte noch immer schluchzlos in mich hinein — zu einer Stelle, wo ein kleiner Bach floß und ein paar Buchen Schatten gaben — sie sind längst ausgerottet und das Wasser ist eingetrocknet — dort setzten wir uns beide.

Nun wollen wir erst mal ein vernünftiges Wort sprechen, Brigitte, sagte er, und dann darfst Du mich, meine Frau, zu werden. Bis zur Hochzeit sollst Du mich bei keiner Ruhe aufhalten, das sei eine betrübliche alte Frau. Ich sagte zu allem ja, in halber Betäubung — in meinem Kopf war ein wirres Durcheinander. Wenn man seit Jahr und Tag das Bewußtsein hat, eine reiche Erbin zu sein und steht dann plötzlich bettelarm auf der Straße, so mannt alles in uns.

Mein Schicksal war besiegelt. Ich habe kurze Zeit darauf Euren Vater geheiratet und es nie bereut, er war ein treuer, guter Mann, der nach Kräften für seine Familie sorgte. Er hatte uns nur länger erhalten bleiben, nicht in seinen besten Jahren ins Grab hüten müssen. Wir hatten zwar immer nur eben satt zu essen, aber was wir erwarben, haben wir in Frieden verbraucht. Wir sind immer gut zusammen ausgekommen.

Klaus hatte mit seiner gefestigten Natur zugehört. Der abschließende Mensch fühlte er ein paar mal, der kleine Drücker. Und ein solcher Schächer ist er geblieben bis auf den heutigen Tag, glaubt seinen Reuten nicht die Butter aus. Brau. Keiner hält da lange aus.

Keine Mutter, sagte er nach einer Weile, arme Mutter! Er fühlte mit der verarbeiteten Hand über ihren Schweiß. So viel war ihm trotz seiner Jugend klar, daß die Mutter volles Menschengut nie gegeben. Sie war in den kleinen drückenden Berghäusern nie an ihrem Plage gewesen, hatte ein verheißenes Leben zu befragen. Wieviel Glück und Segen hätte sie mit dem Reichtum des alten Kunge finden können, und wie hätte sein Nachfolger die Reute geplogt und gekündet, und wo es anging, sie oben am den fernen Lohn benachteiligt.

Er hätte Jakob Kunge helfen und verachten mögen, aber das durfte er nicht, es wäre Sünde gewesen, — aus einem besonderen Grunde. — Er sprang auf, schüttelte den braunen Kopschopf und murmelte unverständliche Worte vor sich hin. Es war doch auch gar zu seltsam, wie das Schicksal jetzt alles gefügt.

Da er glaubte, dem Bauern nicht zürnen zu dürfen, so lenkte er all seinen leidenschaftlichen Groll auf Buren.

An all dem ist der Rechtsverbrecher schuld, Mutter! fuhr er auf, der hat den süßigen Reuten herangeholt, welcher Dich bei dem Alten vertilgt und anzuwärmen mußte.

Die Frau nickte. Jakob Kunge war doch der rechtmäßige Erbe, mein Sohn, er hätte das Testament sowieso angefochten. Ich war damals jung, und es kam mir nicht zum Bewußtsein, daß es unrechtmäßiges Gut war, was man mir zugeführt. Aber später war ich froh, daß ich mit der ganzen Sache nichts mehr zu tun hatte.

Auf ein paar Tausend Mark hastest Du anderrigt, Klaus! Mutter, Du hastest doch den Schwerkranken jahrelang treu gepflegt.

Gewiß. Und heimlich hoffte ich damals ja auch, daß Kunge mir ein kleines Erbe wenigstens verschreiben werde, aber ich habe keinen Pfennig bekommen. Für uns wären tausend Mark eine schöne Hilfe gewesen, aber alles heimliche Hoffen und Harten war vergeblich.

Hast Du den alten Kunge nie wieder gesehen? Nein, trotzdem er noch über ein Jahr gelebt hat, nachdem ich meinen Laufpaß bekommen. Das erfuhr aber bald nach meinem Weggange, daß das erste Testament verurteilt und ein anderes dafür aufgesetzt worden ist. Bald nach dem Tode seines Oheims verheiratete sich Jakob Kunge mit dem reichsten Mädchen aus dem Ort. Er ist ein schwerer Mann. Ob er jedoch seines Reichtums jemals froh geworden, das bezweifle ich. Seine Frau hat auch nicht Seide bei ihm gesponnen, sie war ein ruhiger, friedfertiger Charakter und hat es nie zu einem offenen Zerwürfnis kommen lassen. Heutzutage ist die Bäuerin jung gestorben, das einzige Kind, ein Mädchen, war kaum vier Jahre, als es die Mutter verlor.

Ich habe mich dann nicht mehr um die Kunge gekümmert, weiß auch nicht, was aus dem Kinde geworden ist, jedenfalls ein ebenso hochmütiges Geschöpf, wie der Vater.

Da bist Du im Jertum, Franziska Kunge! Ich schen und gut, wie ein Engel.

Die Frau machte große Augen. Da kennst Du sie denn?

Klaus machte die rasche Bemerkung schon bereuen. So etwas hört man doch, mich er aus, die Fränze ist so beliebt, daß jeder Bursche für sie durchs Feuer gehen würde.

Das kann ich mir nicht vorstellen, sagte Brigitte, nun, uns kann es gleich sein, ob sie ein Ausbund an Tugend oder das Gegenteil ist. Wir haben gottlob nichts mit ihr zu schaffen.

Klaus antwortete nicht. Das war eine recht traurige Geschichte, welche Du mir heute erzählst, Mutter, sagte er nach einer Weile, ich kann ich erst verstehen, warum Du immer so ernst und bedrückt warst, auch als Vater noch lebte. Du hast wohl stets Vergleiche gezogen zwischen dem, wie es war, und wie es hätte sein können.

Gewiß. Aber so traurig auch alles ist, könnte ich mich doch nicht entschließen, von Buren Geld anzunehmen.

Kein, Mutter, um Gotteswillen nicht. Der hat sich in all den langen Jahren nicht um Dich bekümmert, und tut er es jetzt, so verpficht er eine bestimmte Abfuhr damit. Das ist auch ein Feind der Schächer.

Ein Bösewicht, den man nicht reizen darf. Wir müssen auf der Hut sein vor ihm, mein Junge.



